



# HESSISCHER LANDTAG

11. 04. 2019

SIA

## Berichts Antrag

**Lisa Gnadt (SPD), Ulrike Alex (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD),  
Wolfgang Decker (SPD), Dr. Daniela Sommer (SPD) und Fraktion**

### Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

Im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes hat sich die Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bund 2013 darauf verständigt, die Kommunen um insgesamt 5 Mrd. € jährlich zu entlasten. 1 Mrd. € wird über einen höheren Umsatzsteueranteil der Länder fließen und diese sind verpflichtet, die Mittel an die Kommunen weiterzuleiten. 4 Mrd. € erhalten die Kommunen zum einen durch höhere Umsatzsteueranteile direkt und zum anderen dadurch, dass der Bund einen höheren Anteil an den Kosten der Unterkunft übernimmt.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch ist der Betrag, den Hessen durch den höheren Umsatzsteueranteil im Zuge der in der Vorbemerkung angeführten Entlastung der Kommunen durch den Bund im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes erhält?
2. Auf welchem Weg erhalten die hessischen Kommunen die genannten Mittel?
3. Werden alle zusätzlichen Mittel, die Hessen nach Frage 1 erhält, weitergereicht?  
Wenn nein, warum nicht und wofür werden diese Mittel verwandt?
4. Steht der Verwendungszweck der Mittel nach Frage 2 in direktem Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes?  
Wenn ja, wie?  
Wenn nein, warum nicht und wie begründet die Landesregierung die anderweitige Verwendung der Mittel?
5. Wie hoch ist die Entlastung der Kommunen durch den höheren Umsatzsteueranteil im Zuge der in der Vorbemerkung angeführten Entlastung durch den Bund bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes?
6. Um welchen Betrag werden die hessischen Kommunen dadurch entlastet, dass der Bund höhere Anteile an den Kosten der Unterkunft übernimmt?
7. Wie hoch schätzt die Landesregierung die jeweils zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen bzw. des Landeswohlfahrtsverbandes bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes?
8. Wie haben sich die Fallzahlen bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung in den letzten zehn Jahren entwickelt?  
Mit welchen Steigerungen rechnet die Landesregierung in den kommenden zehn Jahren?

Wiesbaden, 11. April 2019

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Thorsten Schäfer-Gümbel**

**Lisa Gnadt  
Ulrike Alex  
Frank-Tilo Becher  
Wolfgang Decker  
Dr. Daniela Sommer**